



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale
des Syndicats des Police

Landesbezirk Saarland

Landesbezirksvorstand

Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken

Telefon: 06 81 / 8114 98 * Telefax: 06 81 / 8152 31
gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft, Saarbrücken
Nr. 1050844000 (BLZ 590 101 11)
Sparda Bank Saarbrücken
Nr. 5 175 951 (BLZ 590 905 00)
Volksbank Saar-West Saarbrücken
Nr. 309 230 0004 (BLZ 591902 00)

Gewerkschaft der Polizei * Kaiserstraße 258 * 66133 Saarbrücken

Die Leiter der Dienststellen der saarländischen Polizei

per Fax

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

Is

Montag, 11. November 2002

Bundesratsinitiative „Öffnungsklausel“; GdP legt sich quer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bundesvorstand der GdP mobilisiert weiter wegen der zu befürchtenden einschneidenden Kürzungen im Öffentlichen Dienst.

Ich bitte Sie, die entsprechende Stellungnahme auf Ihrer Dienststelle bekannt zu machen.

Vielen Dank!

Herzliche Grüße

Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär



AKTUELL

Berlin, November 2002

~~Weihnachtsgeld~~

~~Urlaubsgeld~~

~~Besoldungsanpassung~~



Das planen die Politiker:

- Per Gesetz sollen künftig die Länder selbst bestimmen, ob sie Urlaubsgeld und in welcher Höhe sie Weihnachtsgeld zahlen.
- Außerdem könnten sie bis zu 10 Prozent weniger Besoldung zahlen (gemessen an der Bundesbesoldung).
- Das Ganze soll ebenfalls im Tarifbereich per Öffnungsklausel vereinbart werden.

Die Tendenz ist unübersehbar: Die meisten Ministerpräsidenten signalisierten für den Beamtenbereich bereits Zustimmung.

Unsere Antwort:

Wiederum ist es der öffentliche Dienst, der als Erster zur Kasse gebeten werden soll, obgleich die Beschäftigten für die Ebbe in den Haushalten nicht verantwortlich sind.

Wir werden erbittert Widerstand leisten!

Jetzt stellen WIR uns quer!



Sollte die Politik mit ihren Kürzungsplänen durchkommen, stünde uns ein Sozialabbau von bislang unabsehbarem Ausmaß bevor. Das Vertrauen in das Beamtenrecht wäre zutiefst erschüttert.

Für den Einzelnen machen sich die Kürzungspläne wie folgt "bezahlt":

- Dem aktiven Beamten werden letztendlich bis zu 1/8 seiner Brutto-Bezüge vorenthalten,
- Versorgungsempfänger müssen auf 1/6 ihrer Bezüge verzichten.

Damit nicht genug:

- Per Öffnungsklausel soll der Flächentarifvertrag aufgeweicht werden.
- In die gleiche Kerbe schlägt der angedrohte Ausstieg aus den Arbeitgeberverbänden der Länder und Kommunen - damit sind die Tarifbeschäftigten ebenso betroffen.

Im Klartext:

Die Polizistinnen und Polizisten sollen zahlen, was die Politik mit einer verfehlten Steuer- und Beschäftigungspolitik verschuldet hat!

Wir haben genug gezahlt:

- Der öffentliche Dienst wurde bei Haushaltschwierigkeiten stets als Erster zur Kasse gebeten.
- Die Verdienste im öffentlichen Dienst sind hinter der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft deutlich zurückgeblieben.
- Die Versorgungsbezüge wurden und werden gekürzt.

Bekommen haben wir dafür in der Polizei:

- enorme Arbeitsverdichtung,
- längere Arbeitszeiten,
- wachsende Überstundenberge,
- steigenden Stellenabbau ...

**Wir sind nicht Spielball der Politik!
Lassen wir uns nicht schon wieder in die Taschen fassen!**

Jetzt stellen WIR uns quer!